

Gewerkschaften, Wissenschaft, Mitbestimmung 60 Jahre WSI

**Von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des ADGB bis zum WSI in der
Hans Böckler-Stiftung –
Stationen und Funktionen eines gewerkschaftlichen Think tanks**

Von
Klaus Tenfelde

I.

Sechzig Jahre an eigenständiger wissenschaftlicher Forschung im Schoße der Gewerkschaften sind willkommener Anlass, darüber nach zu denken, wie es zu dieser Anstrengung gekommen ist, welchen Umständen sie gedankt wird, welche Erfolge sie gezeitigt hat. Das gilt umso mehr, als bis heute die Beziehung der Gewerkschaften zu „den Wissenschaften“ nicht eben eindeutig ist, aber sie hat doch in der Geschichte der Bundesrepublik markante Wege genommen. Dabei ist schon fragwürdig, was überhaupt unter „den Wissenschaften“ sinnvoll verstanden werden kann. Es war Eduard Bernstein, der sich erstmals im Jahre 1901 an der Frage abarbeitete: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“, und der mit dem Postulat der Wertfreiheit wissenschaftlicher Erkenntnis eine lebhafte Debatte auslöste. Das war ein wichtiger Aspekt des berühmten Revisionismusstreits, und es bezeichnet bis heute den Pol, an dem sich Forschungsfreiheit und gewerkschaftliche Interessenpolitik reiben, reiben müssen.

Hans Böckler, dem wir die Gründung des Wirtschaftswissenschaftlichen, später Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften verdanken, hat sich in solchen Grundsatzfragen offenkundig nicht verstrickt. Er hat selbst, im Vorwort zum ersten Dreijahresbericht des WWI im Jahre 1949, dessen Gründung als einen „kühnen Entschluss“ bezeichnet. Und aus seiner Umgebung wird berichtet, dass er nicht etwa, wie man hätte erwarten können, die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft oder die Erringung der Montanmitbestimmung als seine wesentliche Leistung ansah. Das sehen die Historiker so, und natürlich zu recht; er selbst hielt das WWI, wie Viktor Agartz überliefert hat, für sein „Lieblingskind“, und Else Klein, seine Sekretärin und Vertraute, hat hinzugefügt, dass es neben dem WWI allenfalls noch eine weitere Geburt gab, die ihn wirklich stolz machte: die Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Böckler selbst nahm in Anspruch, das westliche Deutschland sei „tatsächlich das ersten Land [gewesen], in dem sich eine zentrale Gewerkschaftsorganisation entschloss, ihrer wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Arbeit einen festen wissenschaftlichen Unterbau zu geben.“

Das war richtig und zugleich in merkwürdiger Weise falsch. Denn was Böckler zum Zeitpunkt dieser Niederschrift, und in seinem wahrlich erschöpfenden Arbeitsleben während der Gründungsphase der Bundesrepublik, nun nicht mehr erinnerte, das war der Umstand, dass es gerade die deutschen Gewerkschaften gewesen waren, die diese Maßnahme schon viel früher, im Jahre 1925, mit sehr bemerkenswerten Ergebnissen in Angriff genommen hatten. Mehr noch, man kann sagen, dass gerade in der Kernfrage der Gestaltung der Wirtschaftsordnung, in Sachen Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, eine über die Diktatur reichende, ungebrochene Kontinuität die Gewerkschaften der Weimarer Republik mit jenen der Bundesrepublik verbindet.

Ich will auf diese Zusammenhänge näher eingehen, denn Mitbestimmung war und ist das eigentliche Anliegen der Arbeitnehmerschaft. Wenn es, in den zahllosen Themen, die vom WWI bzw. WSI in sechzig Jahren bearbeitet worden sind, einen grundständigen Tenor gegeben hat, dann macht darin die Mitbestimmung gleichsam das Hohe C. Und es lohnt sich, manches davon in Erinnerung zu rufen, gerade in diesen Tagen, wenn sich Europa gegen die Mitbestimmung zu wenden scheint. Ich brauche nicht darauf hin zu weisen, dass das WSI gerade in diesem Punkt seinen Auftrag beständig verfolgt hat, die WSI-Mitteilungen und das regelmäßige Organ der Hans Böckler-Stiftung beweisen es.

II.

Die Umstände, unter denen Böckler das WWI gründete, müssen wir uns ins Gedächtnis rufen, um jenen „kühnen Entschluss“ angemessen zu würdigen. Es gibt nämlich kein Gründungsdatum, keine Gründungs-Feierlichkeit, auf die man sich traditionsreich beziehen könnte. Vielmehr gab Böckler, ohne jeden legitimierenden Auftrag, am 27. Februar 1946 der Gewerkschaftskonferenz des Bezirks Nordrhein bekannt, dass er den jungen Wirtschaftswissenschaftler Dr. Erich Potthoff verpflichtet habe; daneben wollte er noch einen Juristen für den Bereich des Arbeitsrechts bestellen, wozu es dann aus verschiedenen Gründen nicht gekommen ist. Immerhin, für den Bereich des Arbeitsrechts bestanden über Jahre Beziehungen zu Hans Carl Nipperdey, dem späteren ersten Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, der allerdings wegen seiner Mitgestaltung des höchst anrühmlichen Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 in Gewerkschaftskreisen sicher nicht leicht „zu vermitteln“ war. Man sieht an beiden Positionen, dass Böckler über einen untrüglichen, pragmatisch geübten Sinn für diejenigen gewerkschaftspolitischen Wirklichkeiten besaß, in denen sich die Herausforderungen der industriekapitalistischen Arbeits- und Lebenswelt bündelten: für die Grundprobleme der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und für die rechtliche und soziale Gestaltung der Arbeit.

Bisher hatte ihn nichts zu dieser Maßnahme legitimiert; es gab nur eine allgemeine Gestaltungsvollmacht der Delegierten. Immerhin, schon wenige Wochen später, auf der Tagung des Ausschusses der freien Gewerkschaften für die Britische Zone am 5. und 6. April 1946, stimmten die Vertreter der drei anderen Bezirke der Britischen Zone Böcklers Absicht zu, in Köln ein gewerkschaftliches „Forschungs- und Planungsinstitut“ einzurichten. Das Motiv, das Böckler verständlich machen konnte, war ganz und gar pragmatisch: Man sah sich, in den nun anstehenden, ganz grundsätzlichen Erörterungen über die künftige Wirtschaftsordnung in Deutschland, im Vergleich zu den Arbeitgebern schlecht munitioniert. Man gehe als Gewerkschafter, so Böckler, in solche Konferenzen „recht unvorbereitet“ hinein. „Wir müssen Vorlagen haben, von denen wir sagen können, das ist etwas Ganzes, bitte, das ist das Verlangen der Gewerkschaft, das ist die Rolle, die uns zukommt.“

Potthoff sollte, kaum im neuen Amt, die Notwendigkeit substantieller Vorlagen beweisen, als er nämlich Böckler, noch in den April- und Maitagen 1946, mit der allerersten WWI-Vorlage überhaupt versorgte, nämlich mit einer Ausarbeitung über die Sozialisierung des Bergbaus. Potthoff wirkte auch, beispielsweise zu diesem, damals besonders bewegenden Thema, auf gewerkschaftlichen Delegiertentagen wie überhaupt in der noch gar nicht recht organisierten gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, ebenso mit wie seine Kollegen im WWI, das während der Aufbauphase in Köln verblieb und erst sehr viel später dem DGB nach Düsseldorf folgte. Auch wenn das unmittelbare Bedürfnis, in der damals stark aufbrandenden politischen Debatte auf

sicherem Grund zu stehen, für Böckler also erkennbar auslösendes Motiv gewesen ist, so kann man doch den Weitblick, der sich mit der Gründungsmaßnahme verband, nicht hoch genug einschätzen. Für manche mochte es dringendere Probleme im zerstörten Nachkriegs-Deutschland geben, als sich einen mutmaßlich esoterischen Wissenschaftlerklub ans Bein zu binden. Diejenigen, die kamen, waren allerdings alles andere als Esoteriker. Sie waren, keine Selbstverständlichkeit nach 12 Jahren Diktatur, allesamt engagierte Gewerkschaftspolitiker, die, wie sich zeigen sollte, über ihre Ansichten auch intern in heftigen Streit geraten konnten. Beachtlich erscheint vor allem der Aufwand, der bald getrieben wurde – in einer Zeit, in der noch keineswegs abzusehen war, dass der Zuwachs an Mitgliedern die Gewerkschaften auch finanziell hinreichend kräftigen würde, um das Institut dauerhaft zu tragen. Als das WWI entstand, befanden sich die Gewerkschaften gar noch ganz unten, und oft genug noch behindert von den Besatzungsmächten, im Aufbau. Der DGB der Britischen Zone verlegte 1947 seinen Sitz von Bielefeld nach Düsseldorf, und bis zum Juni 1949 bestand dort der Leitungsapparat aus ganzen 67 Personen einschließlich der fünf Vorstandsmitglieder. Im WWI arbeiteten Ende 1946 vier Personen, ein Jahr später 11 und am 1. August 1949 immerhin 35 Personen, davon 14 wissenschaftliche Fachkräfte. Bis dahin blieb Potthoff alleiniger Geschäftsführer, dem ein Präsidium mit Böckler, Agartz und Professor Kuske von der Kölner Universität vorstand; die Aufsicht führte ein Kuratorium von 8 Mitgliedern aus Gewerkschaftsvertretern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. 1949 trat Viktor Agartz, der sich bisher schon als eigentlicher Leiter verstand, formell neben Potthoff als Geschäftsführer ein. All das hat, im Verhältnis zum hauptamtlichen Leitungsaufbau der Gewerkschaft, vermutlich ziemlich viel Geld gekostet.

III.

Namen wie derjenige von Kuske weisen freilich auf sehr viel weiter gespannte Netze hin, in deren Fäden die Gründung erfolgt ist. Die genauere Betrachtung dieser Fäden erlaubt uns, von geradezu ungebrochener Kontinuität der gewerkschaftswissenschaftlichen Anstrengungen zwischen Weimarer Republik und früher Bundesrepublik und gar von „Traditionsgebundenheit“ der Neugründungen nach 1945 (Klaus Schönhoven) zu sprechen.

Schon im Prozess der Gewerkschaftsentstehung hat es zu den Urerlebnissen gehört, dass sich die Wahrnehmung von Ausbeutung und Unterdrückung am Arbeitsplatz mit der Feststellung verband, dass man über die betrieblichen und Branchenverhältnisse, über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen keine Kenntnis habe. Wohl jede Gewerkschaftsgründung verband sich, in Deutschland seit den 1860er Jahren, mit dem Auftrag an die gewählte Verbandsleitung, statistische und andere Unterlagen zu beschaffen, um das Kampfverhalten auf sichere Grundlagen zu stellen. Geradezu lakonisch forderte beispielsweise die Satzung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei Gründung des Industrieverbands 1891 zur Pflege der „Berufsstatistik“ auf. Gerade darin lag ein wesentlicher Impuls, wenn man die Verbandsbildung als Maßnahme zur Ersetzung des stets ja prekären Streikereignisses durch permanente Präsenz begreift. Deshalb galt dieselbe Auftragslage für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die 1890/91, nach Auslaufen des Sozialistengesetzes, unter scharfen Auseinandersetzungen etwa mit den sog. Lokalistern gebildet wurde. Lokalistisch-syndikalistische, kampforientierte Gewerkschaftsvereine würden zu solchen übergreifenden, langfristig angelegten, auf Marktbeobachtung zielenden Maßnahmen nicht imstande sein.

Gerade dieser Aufgabe hat sich die Generalkommission unter Führung von Carl Legien mit besonderem Nachdruck gewidmet, so dass seit der Wende zum 20. Jahrhundert eine ausgedehnte „Statistische Beilage“ zum „Correspondenzblatt“ unter Gestaltung durch Paul Umbreit publiziert wurde. Man kann sich auch an Gewerkschaftsführer der frühen Jahre wie Theodor York oder August Geib erinnern, denen wir beispielsweise die allerersten Gewerkschaftsstatistiken verdanken. Dass es regelmäßiger Erhebungen über die Branchenverhältnisse bedurfte, beseelte alle Arbeiterführer. Man denke etwa an August Bebel, der 1890 erhebliche Energie auf die Erstellung einer Schrift über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien in der Phase des Übergangs zu „Brotfabriken“ verwandte, oder an Friedrich Ebert, der als Arbeitersekretär in Bremen eine ganz entsprechende Untersuchung verfasste. Seit Lassalles eher misslichen Ausführungen zum so genannten Ehernen Lohngesetz und Marxens Politischer Ökonomie gehörte überdies der Impuls zur theoretischen Durchdringung des kapitalistischen Marktgeschehens zu den Motiven. Nicht zu übersehen ist ein tief verwurzelt Misstrauen der Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder gegenüber unternehmensnahen und amtlichen Veröffentlichungen, so dass etwa der Verband christlicher Bergleute schon 1907 entschied, eine Lohnstatistik unter dem methodisch sowieso richtigeren Zugriff auf die Lohnbücher der Bergleute, also auf gezahlte Löhne, zu erheben. Von Seiten der Sozialreform dachte man ganz ähnlich: Die „Sozialstatistik bildet das soziale Gewissen unserer Zeit“, sie gelte gar „als Waffe der aufstrebenden Schichten“, rief Wilhelm Böhmert aus, und in den Haushaltsrechnungen Nürnberger Arbeiter, welche der Metallarbeiterverband im Jahre 1901 nach einer großen Befragung erstellte, um die amtliche Haushaltsstatistik ad absurdum zu führen, hieß es entsprechend, die Statistik habe „nirgends [...] so viele Verehrer wie gerade im Proletariate. Die Klage aller Berufsstatistiker über den Mangel an Interesse des Publikums trifft sicherlich die moderne Arbeiterbewegung nicht.“ Es war denn auch dem dauernden Appell gewerkschaftlicher Reichstagsabgeordneter zu verdanken, dass das Kaiserliche Statistische Amt seit der Wende zum 20. Jahrhundert endlich ein „Amt für Arbeiterstatistik“ einrichtete.

Das Feld der Herausforderungen war aber tatsächlich viel größer, als, der Hinweis auf pure Statistik vermuten lässt. Von Gewerkschaftern im Reichstag wurde sachkundige Stellungnahme zu ganz allgemeinen wirtschafts-, etwa handels- und zollpolitischen Fragen verlangt, und die Zustimmung der Sozialdemokraten zur Kartellpolitik des Reichstags signalisierte beispielsweise, dass man sich, ideologiegeleitet, dabei auch auf falsche Pfade begeben konnte: Die Kartelle würden die Sache des Sozialismus vorantreiben, glaubte man im Ernst – und im Geiste Marxens. Es ist dennoch überaus beeindruckend zu sehen, dass und wie sehr sich Politiker wie Hermann Molkenbuhr in die höchst schwierige Materie der Sozialpolitik aufopfernd und ganz auf sich gestellt einzuarbeiten vermochten. Akademiker haben, das muss man hier erwähnen, bis 1918 nur in seltenen Ausnahmefällen zur Gewerkschaftsbewegung gefunden.

Den Gewerkschaften verhalfen allerdings Millionen von Begegnungen der besonders realistischen Art zu einer gleichsam aufopfernden Selbstbelehrung. Hier nun ist der Platz, an eine gewerkschaftspolitische Innovation zu erinnern, die sich seit 1894, von Nürnberg ausgehend, über ganz Deutschland namentlich in den großen Städten ausbreitete: die Arbeitersekretariate, die oftmals aus den örtlichen Gewerkschaftskartellen entstanden oder zur Bildung solcher Gewerkschaftskartelle veranlassten. In einer Zeit ausgeprägter faktischer Rechtlosigkeit der Unterschichten waren es Gewerkschaftsfunktionäre, welche diesem Mangel abhalfen, indem sie Menschen, die

benachteiligt wurden, Rat und Unterstützung, und das übrigens kostenlos und ohne Zwang zur Verbandsmitgliedschaft, gewährten. Sachkenner wissen, dass ich hier über die Anfänge der gewerkschaftlichen Rechtsberatung spreche, über Anfänge, die nicht erst aus heutiger Sicht als ein großartiger humanitärer Akt erscheinen. Davon aber ganz abgesehen, interessiert hier der wesentliche Impuls, der sich mit dieser millionenfach gewährten Rechtsberatung in Richtung auf eine Art stiller, innerer Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftsbewegung verband. Denn die Rechtsberater waren die besten Kräfte, derer man habhaft werden konnte. Sie stammten allesamt aus den eigenen Reihen, hatten sich in Ämtern bewährt, Streiks begleitet, die Verbandspresse betreut, sich intime Kenntnisse über soziale Verhältnisse und Grundzüge des bürgerlichen Rechts vornehmlich im Bereich der Sozialpolitik angeeignet. Sie bildeten eigene Netzwerke aus, publizierten bald gar ein eigenes Organ zur Information über rechtliche und soziale Entwicklungen. Was die Freien Gewerkschaften hier vorexerzierten, ist ob des Erfolges in anderen Verbänden rasch nachgeahmt worden. Am Beispiel Eberts wird deutlich, dass sich viele Führungsfiguren, die in der Weimarer Republik höchste Staatsämter erreichen sollten, auf diesem Weg qualifizierten, qualifizieren mussten, weil ihnen die normale Bildungsschleuse auf dem Weg zur Elite verschlossen geblieben war.

IV.

Der 1875 geborene Hans Böckler kannte dieses Umfeld aus nächster Nähe, er selbst gehörte ja noch zu dieser neuen, damals ganz jungen Generation hoch qualifizierter Fachleute des Wirtschafts- und Sozialrechts. Anderes, Typisches kam bei ihm hinzu, Zusammenhänge, die verständlich machen, warum er einen Wirtschaftstheoretiker und einen Juristen zunächst wollte und weshalb das WSI zunächst in Köln seine Heimstatt fand. Nicht, weil Böckler Kölner war und lebenslang blieb. Vielmehr war er als langjähriger Bevollmächtigter des Metallarbeiter-Verbandes und, seit 1927, Bezirkssekretär des ADGB für Rheinland-Westfalen-Lippe, dann als Reichstagsabgeordneter mit den Problemen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes bestens vertraut. Und dort, in Köln, gab es eine damals noch sehr junge Universität, an der sich eine liberale und zugleich sozial verantwortliche Schule der Nationalökonomie herausbildete. So entstand schon 1919 auf Betreiben von Bruno Kuske, dem Inhaber des einschlägigen Lehrstuhls, und des Kölner Arbeiterbildungs-Ausschusses ein „wirtschaftswissenschaftliches Arbeiterseminar“, seit 1920 hieß es „Freigewerkschaftliches Seminar für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, und vermittelte Gewerkschaftsfunktionären volkswirtschaftliche Grundkenntnisse. Ähnliche Bestrebungen gab es auch an einigen wenigen anderen Orten, so etwa in Frankfurt schon vor 1914, aber man kann sagen, dass in diesem Seminar, in den Monaten des nachrevolutionären Neuanfangs 1919/20, das Herz des WWI/WSI schlug, bevor es geboren war.

Das lässt sich nicht nur an Böcklers persönlicher Nähe zeigen. Diese neue Kölner Akademie legte Wert auf die Wissenschaftlichkeit der angebotenen Kurse und hielt darauf, ideologische Kämpfe zu vermeiden. Bald begann man eine eigene Betriebsräte-Schule und erweiterte den Trägerkreis auf die Angestelltenverbände; im übrigen beteiligten sich die Universität, die Stadt Köln, das preußische Wissenschaftsministerium und die drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände. Böckler trat selbst nicht als Lehrer der übrigens rund 3.000 Absolventen hervor, aber er war es, der die Verbindungen von gewerkschaftlicher Seite prägte und dafür übrigens, gemeinsam mit Adenauer, nach dem Krieg das Ehrendoktorat der Universität Köln erhielt. Er war es auch, der im Bundesausschuss des ADGB, dem er als Bezirksleiter angehörte, die-

jenigen Entwicklungen mit trug, welche dort die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik entstehen ließen. Und schließlich: Es war in diesem Kölner Seminar, wo Böckler den jungen Studenten Viktor Agartz spätestens 1924 kennen gelernt hatte.

Wenn es eines Spiritus rector neben Böckler bedurfte, um das WWI zu gründen, dann sollte Agartz noch am ehesten diese Funktion wahrnehmen. In Köln wurde der Bildungsauftrag der Gewerkschaften verwissenschaftlicht, und es wurde insbesondere wissenschaftliche Funktionärsbildung betrieben, unter nunmehr weitaus besseren Voraussetzungen. In Berlin dagegen bestand, für die Spitze des ADGB, ein weit darüber hinaus gehender, politischer Beratungsbedarf auf wissenschaftlicher Grundlage. Darum geht es jetzt.

Wir sind hierüber erst seit einiger Zeit, durch das Erscheinen der bemerkenswerten Quellensammlung „zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“, genauer informiert. Mitte der 1920er Jahre, nach den turbulenten Jahren der Nachkriegs-Inflation, dem Scheitern der Zentralarbeitsgemeinschaftspolitik, und inmitten der Rationalisierungskrise, standen auf der politischen Ebene ganz neue Herausforderungen voran. Da galt es etwa, gewerkschaftliche Antworten auf die jetzt rasche Rationalisierung der Industrie zu formulieren, in den Krisenjahren seit 1930 sollten noch ganz andere Probleme aufkommen, aber der wesentliche Anlass zur Begründung einer eigenen gewerkschaftlichen Forschungsstelle lag in einer aus heutiger Sicht scheinbar banalen Problematik, derjenigen der Zollpolitik, die durch den Reichstag als Folge der Stabilisierung der Währung neu zu justieren war. Als Vertreter der Arbeitsplatz-Inhaber würden Gewerkschaften eine protektionistische Zollpolitik unterstützen, als Konsumentenvertreter würden sie auf günstige Preise für Lebensmittel zu achten haben, und in solcher schlingernden Fahrt zwischen Scylla und Charybdis würden nur differenzierte Lösungen helfen können. Der Bundesvorstand des ADGB schuf zunächst eine Zollabwehrstelle und führte diese 1926 in die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik über, der zwei Hauptreferate für Industrie und Landwirtschaft zugeordnet wurden und die eng mit der volkswirtschaftlichen Abteilung des Bundesvorstands zusammen arbeiten sollte. Außerdem trug der ADGB nunmehr das Institut für Konjunkturforschung mit und erhielt, auf dem Breslauer Kongress 1925, seine eigene Rechtsabteilung, die im Kern aus dem früheren Zentralarbeitssekretariat bestand. Hierin bündelten sich fortan neue Kräfte, und die Gewerkschaften setzten einen beachtlichen Schub zur Verwissenschaftlichung ihrer Politik in Gang. Ich betone ausdrücklich, weil das viel zu wenig bekannt ist: Die beiden großen gedanklichen Innovationen der Gewerkschaftstheorie und Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik, der Entwurf der Wirtschaftsdemokratie mit ihrem, vorsichtig gesagt, Implikat „Mitbestimmung“ und der Entwurf einer expansiven, kreditfinanzierten, kaufkraftorientierten Investitionsstrategie zur Krisenbekämpfung mit dem so genannten „WTB-Plan“, nahmen ihren Ausgang von dieser Forschungsstelle. Leipart als Vorsitzender des ADGB dürfte für die Innovation entscheidend gewesen sein, und es ist klar, dass Böckler aus ihr lernte.

Jetzt, in einer freilich kurzen Phase der Erholung auch des Mitgliederbestandes und deshalb unter finanzieller Kräftigung, band man dezidiert auch an anderen Stellen Akademiker in die Arbeit des Vorstands und seiner Referate ein. Der Vorstand schuf die Bundesschule des ADGB in Bernau und richtete eine Abteilung für Gewerbehygiene ein; er erweiterte seine statistische Abteilung und stellte hierfür mit Wladimir Woytinski eine beeindruckende wissenschaftliche Fachkraft ein. Die Leitung der Forschungsstelle wurde zwei außergewöhnlichen Persönlichkeiten übertragen: Fritz

Naphtali, Journalist der Frankfurter Zeitung, dann Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Emigrant, dann israelischer Landwirtschafts- und Wohlfahrtsminister, und Fritz Baade, noch als Medizinstudent Revolutionsführer in Essen, Landwirt, Wirtschaftswissenschaftler, Leiter einer landwirtschaftlichen Reichsforschungsstelle, später Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und zeitweilig ministrabler Bundestagsabgeordneter. Weitere fünf Wissenschaftler befassten sich fortan mit der Wirtschafts-, Agrar-, Finanz- und Reparationspolitik und versorgten den Bundesvorstand mit einschlägigen Vorlagen. Naphtali nahm gelegentlich an den Sitzungen des Bundesausschusses des ADGB teil, dem natürlich – ebenso wie dem Bundesvorstand – Fritz Tarnow angehörte, der langjährige Holzarbeiterchef, Mitglied des Reichstags und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, aber Nichtakademiker, dann führend im Exil, später Mitglied des Parlamentarischen Rats. Oder, um einen anderen Netzwerk-Namen zu erwähnen: Otto Suhr, seit 1922 promovierter Arbeitersekretär in Kassel, seit 1925 Angestellter beim Vorstand des Afa-Bundes, wo er sicher bereits auf Ludwig Rosenberg traf, später Leiter der Hochschule für Politik in Berlin, des späteren Otto-Suhr-Instituts, und eben hier zeitweilig Regierender Bürgermeister.

Man sieht also mehr noch als neue wissenschaftliche Arbeit bei den Gewerkschaften, mehr noch als wissenschaftliche Politikberatung neuen Stils: Man sieht personelle Netze, in denen sich Traditionen der Gewerkschaftsbewegung bündeln und der Gründungsbeitrag der Gewerkschaften zur Bundesrepublik manifestiert hat. Man erkennt auch den typischen Konflikt bereits, der sich in einem gewerkschaftlichen Forschungsinstitut zwischen Forschungsfreiheit und politischer Dienstbarkeit entspannt, entspinnt und den ich einleitend mit Bernstein knapp berührt habe: Als die Forschungsstelle Anfang Mai 1932 über die Frage der Arbeitsbeschaffung anderer Meinung als der Bundesvorstand war, stellte Naphtali sein Amt zur Disposition, was ihm Leipart indessen ausredete. Man sieht schließlich Kontinuität über die Diktatur hinweg, trotz Zerfaserungen durch das Exil, teilweise gerade in Wiederaufnahme des schon Gedachten und auch unter Aufnahme des im Exil, etwa von Hansen, Rosenberg, Suhr oder Tarnow, neu Erdachten.

Schon auf dem Breslauer Kongress 1925 war über Wirtschaftsdemokratie angeregt diskutiert worden; Fritz Naphtali übernahm die koordinierende Aufgabe für die dann 1928 erscheinende programmatische Grundlegung über „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“, und zwar in Verbindung mit Rudolf Hilferding, dem zeitweiligen Finanzminister und Präzeptor des „Organisierten Kapitalismus“, mit Hugo Sinzheimer, dem Arbeits- und Verfassungsrechtler, mit Erik Nölting, dem späteren Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, und – natürlich, möchte man sagen – Fritz Tarnow. Naphtali und Baade arbeiteten seit 1926 an der großen Wirtschaftsenquete des Reichstags mit. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress 1928 wurde nach dem Referat von Naphtali die Wirtschaftsdemokratie bekanntlich lebhaft diskutiert; in den Beratungen des ADGB-Bundesausschusses hierüber wurde übrigens damals schon vorgeschlagen, den Nationalökonom Professor Eugen Schmalenbach, einen Spezialisten über Belange der Montanindustrie, hinzuzuziehen.

Die andere, höchst innovative, wenn auch nicht durchgesetzte Vision aus gewerkschaftswissenschaftlicher Feder war der in der Forschung über das Ende der Weimarer Republik berühmt gewordene, so genannte WTB-Plan. Er ist nach seinen Verfassern, Woytinsky, Tarnow und Baade, benannt worden und sah, Anfang 1932 auf dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise, kreditfinanzierte staatliche Investitionen zur Arbeitsbeschaffung vor. Woytinsky, der übrigens 1917 Mitglied des Petersburger

Sowjets gewesen war und nach Deutschland emigrierte, beschäftigte in der von ihm geleiteten ADGB-Stabsstelle „Statistik“ einen noch nicht 30jährigen Nationalökonomenen namens Bruno Gleitze. Als dieser später die Leitung des WWI übernahm, entwickelte das Institut Strategien einer betrieblichen Ergebnisbeteiligung, die künftig wieder aktuell werden dürften. Unterstützt wurde der WTB-Plan vom Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, an dem auch der ADGB beteiligt war, Professor Wage-mann. Das Revolutionäre des Plans lag in dessen grundsätzlichem wirtschaftspoliti-schen Kurswechsel. Er signalisierte eine kaufkraftorientierte Konjunkturpolitik, wie sie, in Rezeption von John Maynard Keynes, in der Nachkriegszeit letztlich auch von konservativen Regierungen adaptiert worden ist.

Der Plan war höchst umstritten, auch im ADGB: Leipart konnte sich damit nicht recht anfreunden, und der schärfste Kritiker war sogar Naphtali, kam also aus den eigenen Reihen der gewerkschaftsnahen Nationalökonomenen. Das belehrt darüber, dass, wer sich Wissenschaftler anschafft, mit theoretischem Streit rechnen muss, das soll es auch im WWI und WSI gegeben haben. Man ist sich heute einig darüber, dass der WTB-Plan keine Durchsetzungschance im Reichstag hatte und auch im Volumen, es ging um Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Reichsmark, viel zu niedrig dimen-sioniert war; auch weiß man heute, dass die Nationalsozialisten die Arbeitsmarkt-Krise nicht zuletzt auf eben diesem Weg überwandern, freilich mit dem Fernziel des Vernichtungskrieges.

V.

Von den frühen 1920er Jahren bis zur Gründung des WWI Anfang 1946 lassen sich also enge personelle Netze verfolgen: Kuske, Agartz und Böckler trugen das WWI gedanklich, ergänzt durch den jungen Potthoff, den Agartz vom Seminar des eben-falls bald befassten, eben genannten Schmalenbach her kannte; Ludwig Rosenberg und Werner Hansen kamen aus dem Exil und hatten in Minden bzw. Bielefeld, wo auch das später in das WWI integrierte Statistische Amt der Britischen Zone domizi-lierte, wirtschaftspolitische und statistische Vorarbeiten geleistet; noch aus den Berli-ner Erfahrungen unterstützte Fritz Tarnow, der bald als Sekretär des Gewerkschafts-rats der Vereinigten Zonen wirkte, die Institutsgründung. Exilanten und Dagebliebene spielten darin also, was sonst nicht immer der Fall war, zusammen. Noch viel deutli-cher tritt allerdings die *inhaltliche Kontinuität* der Institutsarbeit von Berlin nach Köln bzw. Düsseldorf hervor, auch wenn selbstverständlich die aktuellen Herausforderun-gen andere waren. Denn in ihren allerersten Vorlagen griffen die Wissenschaftler der ersten Stunde im WWI ganz bewusst auf dasjenige zurück, was in Berlin in den 1920er Jahren bereits formuliert worden war.

Das betraf, neben dem Ideengebäude einer Wirtschaftsdemokratie, auch den eben behandelten WTB-Plan, dessen Kaufkrafttheorie sich in der Theorie der expansiven Lohnpolitik wieder findet, die Viktor Agartz in der Zeit seiner Institutsleitung verfolgt hat. Ja, es widerfahren bei Betrachtung der frühen Institutsarbeit geradezu Déjà-vu-Erlebnisse: Die allererste Problematik, mit der Potthoff sich im März und April 1946 ausgedehnt zu befassen hatte, dürfte überhaupt einen wesentlichen Grund für seine Anstellung ausgemacht haben, denn er hatte bei Schmalenbach das Notwendige über den Bergbau gelernt. In der nun anhebenden, die Geschichte irgendwie wieder-holenden Problematik der Sozialisierung des Kohlenbergbaus konnte Böckler des-halb auf großen Sachverstand vertrauen. Potthoff hielt schon am 6. Mai 1946 in einer gemeinsamen Besprechung von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern mit dem Nordrhein-Oberpräsidenten Lehr das einschlägige Referat. Recht präzise sind in

diesen Debatten dieselben Argumente ausgetauscht worden, derer man sich schon im Jahre 1920 befleißigt hatte. Ähnlich verhielt es sich bei den so genannten Arbeitsstudien, bei denen es um die ausgeprägte Aversion der Arbeitnehmer gegen die Re-fa-Stoppuhren (Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung) zur Messung der je benötigten Arbeitszeiten ging. In diesem Punkt bestand mithin gegenüber den eigenen Mitgliedschaften Begründungsbedarf für die Mitarbeit der Gewerkschaften im neugebildeten „Verband für Arbeitsstudien“.

Zu den frühesten Arbeiten des Instituts gehörten, und zwar schon seit 1947, weiterführende Auseinandersetzungen mit der Problematik der Mitbestimmung. Das geschah vor dem Hintergrund der Wiederaufnahme der früheren Auseinandersetzungen um die demokratische Verfassung der deutschen Wirtschaft. Debatten hierüber hatten während der NS-Diktatur ruhen müssen, waren aber im Exil, und zwar vor allem in England um Gottfurcht, Rosenberg und Hansen und in Schweden um Tarnow, fortgeführt worden. Das berührte, neben anderem, auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften; etwa lassen sich, wie auch bei Böckler, gewissen Sympathien für eine Art ständischer Wirtschaftsorganisation unter Fortführung einer demokratisierten Deutschen Arbeitsfront nachweisen, was u. a. gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft hätte bedeuten können. Bei Beteiligung der Gewerkschaften an den eigenen Organisationen der Wirtschaft hätte es zu einer „Verkammerung“ der Wirtschaftsorganisationen führen müssen, ein Weg, der bekanntlich in Österreich durchaus beschritten wurde. Das Ziel einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist in den Exil-Debatten im Grunde aufgegeben worden, nicht aber das der Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, unter denen im Wesentlichen die Grundstoff-Industrien mit Kohle, Stahl und Chemie verstanden wurden. Es wurde, weiterhin in Übereinstimmung mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie, eine energische staatliche Wirtschaftsplanung unter strenger Aufsicht über Kartelle und Monopole verlangt und zugleich gefordert, dass die Gewerkschaften an den Organisationen sowohl der staatlichen Wirtschaftsplanung als auch der Wirtschaft zu beteiligen seien, gerade auch, um bürokratische Auswüchse zu verhindern. In gewisser Weise wurde somit schon im Exil die spätere Korporatismus-Debatte, präludiert, die ja auch am Ende der 1920er Jahre, trotz Scheiterns der Arbeitsgemeinschafts-Politik, nie ganz beendet worden war.

In Sachen Sozialisierung und auch Mitbestimmung ging einstweilen nichts ohne die Besatzungsmächte, gegen die zugleich in Sachen Demontage energische Positionen zu beziehen waren. Und außerdem bedurfte es neuer Ansätze, denn das Konzept der Wirtschaftsdemokratie war, wenn man so will, eher philosophischer Natur gewesen; Naphtali hatte sich konkreteren Denkens enthalten, und auch im Exil sprach man von Mitwirkung in den Einrichtungen einer demokratisierten Wirtschaftsordnung, nicht jedoch von (überbetrieblicher) Mitbestimmung, während die betriebliche Mitbestimmung in Gestalt des Reichsbetriebsrätegesetzes für selbstverständlich galt und ja nach 1945 auch zunächst wieder in Kraft gesetzt worden ist.

Dass die Britische Besatzungsmacht im Zuge der Entflechtung der Eisen- und Stahlindustrie paritätisch besetzte Aufsichtsräte einrichtete, brachte die Gewerkschaften wohl doch ein entscheidendes Stück voran. Mitsprache in Aufsichtsräten, das kannte man allerdings, wenn auch auf bei weitem niedrigeren Niveau, bereits aus der Weimarer Republik. Die viel wichtigere Innovation ging, offenbar im Verlauf des Jahres 1947, vom WWI aus. Sie betraf das neue Amt des Arbeitsdirektors als eines voll berechtigten Mitglieds des Vorstands. Es war Potthoff, der, anscheinend vor dem Hin-

tergrund ausgedehnter Diskussion im Schmalenbach-Kreis während der Kriegsjahre, dem neuen Amt Konturen verlieh.

Das Konzept für das neue Amt wurde in einem Memorandum des WWI vom Oktober 1947 entwickelt. Natürlich ging es in der Folgezeit immer wieder um die Zuständigkeiten des Arbeitsdirektors, und es ist auch darauf hin zu weisen, dass eine allein in den Belegschaften gestützte Mitbestimmung selbst in gewerkschaftlichen Kreisen nicht un widersprochen blieb: Werner Hansen etwa sah eine „Gefahr“ darin, „dass sich gerade auf betrieblicher Basis Unternehmer und Betriebsvertreter zu einer kurzsichtigen Interessenpolitik zusammentun und dass wir dann einen geschlossenen Block Unternehmer-Arbeiter zu bekämpfen haben, wo wir bisher nur die Unternehmer als Gegner hatten.“ Es kam also ganz auf die Benennungs- und Wahlprozeduren für das neue Amt an – und auf die Wahrung des gewerkschaftlichen Einflusses bei der Bestellung der Arbeitsdirektoren. Dennoch, die neue Vorstandsposition erwies sich, was ich hier allerdings nicht näher ausführen kann, in vielerlei Hinsicht als der vielleicht wichtigste Fortschritt der unmittelbaren Nachkriegszeit. Es war vermutlich auch der wichtigere Sieg, den Böckler und der DGB dann mit der Montanmitbestimmung erfochten, im Vergleich mit der Niederlage im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz.

VI.

Das waren freilich schon die Auseinandersetzungen der frühen 1950er Jahre, einer Zeit, in der sich das WWI als gewerkschaftlicher Think-tank fest etabliert hatte. Es ist, soweit sich auf der Grundlage der bisher publizierten Vorstands- und Bundesausschussprotokolle urteilen lässt, jedenfalls seitens der Verbandsvorstände nirgends in Zweifel gezogen worden, wenn auch manche Kritik auf anderen Ebenen geäußert worden sein wird. Denn der Kernkonflikt, den diese Geburt mit sich trug und mit sich tragen musste, lag in der Amalgamierung von gewerkschaftspolitischem Handeln, interessengeleiteter Auftragsforschung mithin, und grundsätzlich nötiger Forschungsfreiheit. Das war ein Konflikt, der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts von Anbeginn höchst bewusst gewesen ist.

Gewerkschaften und Wissenschaften, wie vertrug sich das? Bernstein hatte eine eindeutige philosophische Antwort gegeben, die für die gewerkschaftspolitische Praxis kaum umsetzbar ist: Werturteilsfreiheit müsste die Interessen der Arbeitnehmer verfehlen. Die Gewerkschaften selbst hatten, siehe Hans Böckler in Köln, sehr wohl die Nähe zu den Wissenschaften gesucht, vordringlich jedoch, um zu lernen und belehrt zu werden. Der Verwissenschaftlichung auch ihrer Politik haben sie sich nicht entzogen; im Gegenteil, mit der Gründung eines eigenen Forschungsinstituts haben sie generell in der Verwissenschaftlichung von Politik einen Schritt getan, der in anderer Weise sogar von der späteren Bundesregierung vollzogen wurde, und sie taten das im übrigen, bevor sich die Politikwissenschaft als universitäre Disziplin in Westdeutschland etablierte. Auf anderen Ebenen mischten sie, was nicht übersehen werden darf, in jenen Gründungsjahren ebenfalls mit, man denke etwa an Auftragserteilungen an andere Forschungsinstitute und Mitwirkungen, etwa bei der Sozialakademie in Dortmund und der dortigen Sozialforschungsstelle.

Den bezeichneten Kernkonflikt hat Potthoff schon im allerersten Tätigkeitsbericht formuliert, wenn er von einem „Doppelgesicht“ des WWI sprach, der Zerrissenheit nämlich zwischen Gemeinwohl-Orientierung und Interessenpolitik. Eben dieses Doppelgesicht sei jedoch, schrieb er, insgesamt auch der „Volkswirtschaft als Wissenschaft, als Theorie und Lehrmeinung“ eigen, denn „das Sozialproblem ist das große Fragezeichen, das hinter jeder volkswirtschaftlichen Theorie steht.“

Janusköpfigkeit begleitete die Arbeit des Instituts: Forschungsfreiheit hier, Auftragsforschung dort. Es gelang vermutlich nicht immer, und manchmal nur gegen Widerstände, beide Seiten ergebnisorientiert zu vereinbaren. In den Satzungen ist immer und eindeutig prinzipielle Forschungsfreiheit vereinbart worden, aber der Versuch, diese durch privatrechtliche Eigenständigkeit bei weiterer DGB-Finanzierung zu unterstreichen, war wohl ein Irrweg. Angelegentlich musste man sich, ich denke an Theo Pirker, profilierter Persönlichkeiten entledigen, und es bleibt bis heute offen, ob die Affäre um Viktor Agartz nun persönliches Versagen oder strukturelle Probleme und Meinungskämpfe spiegelte. Lassen wir es bei den Andeutungen, zumal ja das WSI mit seinem späteren Leitungspersonal gegen solche Anfechtungen, so scheint es jedenfalls nach außen, gefeit blieb. Nicht gefeit blieb es hingegen gegen jene Soziologen-Euphorie, mit der in den späten 1960er und in den 1970er Jahren an die Machbarkeit von Gesellschaft vermittelt sozialwissenschaftlicher Erkenntnis geglaubt wurde. Aber das betraf die Stadt- und Raumplaner so sehr wie die Architekten der sozialen Beziehungen. Vor allem blieb es nicht gefeit gegen jene Krisen, die von den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder ausgingen, aber davon ließe sich allüberall ein garstig Lied singen.

Die ganze Breite der Forschungsthemen späterer Jahrzehnte konnte ich nicht entfernt entfalten. Für einen Vortrag wäre das viel zu viel, und überdies müsste sich erst jemand durch die Aktenberge kämpfen, die das WWI und WSI erzeugt haben. Aber die These von der Kontinuität der Personen und Inhalte ließ sich, für die ganz imponierende Frühgeschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, doch wohl überzeugend darstellen. Es war längst nicht alles neu, was 1945 begann, auch wenn man Böckler an sich seinen „kühnen Entschluss“ lassen möchte. Das Weitere wäre erst noch zu erforschen, insofern gilt fort, was Markmann und Spieker vor 20 Jahren, anlässlich des 40. Jubiläums, feststellten: Dass es „bis heute eine entsprechende ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Werdegang des WWI/WSI“ nicht gebe. Hoffen wir, dass sich ein Stipendiat der Hans Böckler-Stiftung dieser Aufgabe bald einmal unterziehen kann.